



Afrikanische Regierungschefs wie **Charles Taylor** aus Liberia, **Yoweri Museveni** aus Uganda, **Mobutu Sese Seko** aus Zaire und **Robert Mugabe** richten ihre Länder immer nach den selben Mustern zugrunde.

KEYSTONE

SIMBABWE HAT VIELE VORBILDER

Der afrikanische Vampirstaat

Seit dem Rückzug der Kolonialmächte wiederhole sich in Afrika das immer gleiche Drama, schreibt der Ghanaer George Ayittey in einem Essay zu den politischen Systemen und Protagonisten Afrikas.

Nichts von dem, was dieser Tage in Simbabwe geschieht, ergibt Sinn. Das Land ist zu einer zertifizierten Kokosnuss-Republik geworden, in der der gesunde Menschenverstand abgeschlachtet wird und arroganter Irrsinn ungestraft wütet. Es ist eine Tragödie – in mehrfacher Hinsicht. Simbabwe ist eine Schande für Afrika – und es verstärkt die rassistische Vorstellung, dass Schwarzafrikaner nicht fähig seien, sich selber zu regieren.

Wir Afrikaner haben die Macht von den abziehenden weissen Kolonialisten übernommen und in einem Land nach dem andern die Wirtschaft und den Staat ruiniert. Ausnahmen gibt es wenige. Vor Freude in seinem Grab tanzen wird wohl Ian Smith, der verstorbene weisse Premierminister Rhodesiens, dem heutigen Simbabwe. Das tut weh – und verletzt mich in meinem afrikanischen Stolz schwer.

Die Krise in Simbabwe hat sich langsam entwickelt. Die wirtschaftliche Situation begann sich in den späten Neunzigerjahren zu verschlechtern. Das Land wurde von einer Streikwelle der Arbeiter, Krankenschwestern und Lehrer erschüttert, die gegen steigende Erdöl- und Nahrungsmittelpreise protestierten. 1998 streikten die Ärzte, weil sogar Seife und Schmerzmittel knapp waren. Während die armen Leute in den Städten wegen der teuren Lebensmittel randalierten, bestellte die Regierung Mugabe eine Flotte neuer Mercedes-Limousinen für die rund 50 Minister – der 77-jährige Mugabe und seine 36-jährige Frau Grace besuchten derweil verschwenderische Partys und Konferenzen im Ausland. Robert Mugabe war nicht mehr der Befreiungsheld, den ich einst bewundert hatte – er hatte sich in einen Despoten verwandelt.

Die Staatskasse Simbawbes war leer, geplündert von Kleptokraten. Rund drei Millionen US-Dollar pro Woche wurden aus der Staatskasse genommen, um Söldner zu bezahlen, die in den Kongo-Krieg eingriffen, derweil Minister, Generäle, Verwandte von Präsident Mugabe und prominente Mitglieder seiner Partei Zanu-PF in lukrative Projekte zur Ausbeutung der Ressourcen in Kongo investierten. Diamanten, Kobalt und Gold aus Kongo machten die simbabwischen Generäle reich, fett und glücklich.

Mugabe wies jede Kritik an seiner Regierung zornig zurück. Stets

beschuldigte er die britischen Kolonialisten, die habgierigen westlichen Mächte, die rassistische weisse Minderheit und den Internationalen Währungsfonds IMF. Diese «monströse Kreatur» sei an der Wirtschaftskrise schuld, sagte er.

Simbawbes Wähler liessen sich nicht täuschen: Als Mugabe sie im Februar 2000 in einem Referendum um Sonderkompetenzen bat, weil er weisse Farmen enteignen und ihr Land an landlose Bauern verteilen wolle, sagten sie mit 55 zu 45 Prozent Nein zur Verfassungsänderung. Paranoid und verzweifelt sandte Mugabe seine «Kriegsveteranen» aus, um das Ackerland der weissen Bauern zu beschlagnahmen.

Natürlich, es gibt grundlegende Ungleichheiten bei der Landverteilung in Simbabwe. Nur ein Prozent der gut 12 Millionen Simbawber sind Weisse, aber 4500 weisse Bauern besitzen auch heute noch fast ein Drittel des fruchtbarsten Ackerlandes. Doch Mugabe machte die Landfrage zu einem politischen Instrument, das er in Wahlkämpfen schamlos nutzte, um den Rassenhass anzufachen, um seine Stimmen bei den besitzlosen Wählern auf dem Land zu sichern und um abzulenken von seiner desaströsen, von marxistisch-leninistischen Ideen inspirierten Politik und den vom Unglück verfolgten Unterfangen in Kongo.

Der britische Kolonialismus, der amerikanische Imperialismus, die verschiedenen Ethnien und Religionen, all dies hat nichts zu tun mit der simbabwischen Krise. Es gibt einen entscheidenden Grund dafür: die sture Weigerung der politischen Führung, Macht abzugeben – selbst wenn dies das Volk verlangt. Das ist der grauenvolle, nachkoloniale, afrikanische Weg zur Implosion; Liberia (1990), Somalia (1993), Ruanda (1994), Burundi (1994), Zaire (1996), Sierra Leone (1999), die Elfenbeinküste (2000) und Togo (2005) sind ihm gegangen.

Die Gründe für die ständigen Krisen Afrikas liegen teils in einem Regierungssystem, das vielen Ländern nach der Unabhängigkeit in den Sechzigerjahren aufgezwungen wurde – für Afrika untaugliche

politische und wirtschaftliche Systeme, die blind im Ausland kopiert und importiert wurden. In der Regel ein Einparteiensystem mit einem Präsidenten auf Lebenszeit, begleitet von Wirtschaftsdirigismus und Staatsinterventionismus.

Solche Institutionen sind den hergebrachten afrikanischen Systemen unbekannt. Das traditionelle afrikanische Herrschaftssystem besteht aus Konföderation und partizipativer Demokratie, Basis ist die Konsens-Findung unter ihren Chiefs. Die alten afrikanischen Grossreiche – Songhai, Ghana, Mali und Gross-Simbabwe – waren allesamt Konföderationen, charakterisiert durch dezentralisierte Autorität und Macht.

Das traditionelle Wirtschaftssystem war der freie Markt und das freie Unternehmertum. Im Gegensatz zum Westen, wo das Individuum die grundlegende soziale und wirtschaftliche Einheit ist, war dies im traditionellen Afrika die Grossfamilie. Sie fungierte als «Kapitalgesellschaft», besass das Land, auf dem die Nahrung produziert wurde. Überschüsse wurden auf den Dorfmärkten verkauft. Es gab Märkte in Afrika, bevor die Kolonialherren den Kontinent betraten. Timbuktu beispielsweise, oder Salaga, Kano, Mombasa und Sofala waren grosse Marktstädte. Die Preise wurden und werden stets beim Feilschen bestimmt, kein Chef setzt Preise fest; das Marktgeschehen wurde, besonders in Westafrika, von Frauen dominiert.

All das änderte sich nach der Unabhängigkeit. Märkte wurden als «westliche Institutionen» bezeichnet, die kontrolliert oder gar zerstört werden mussten. Demokratie wurde zum westlichen Luxus, den sich Afrika nicht leisten konnte. Dafür entstand der Einparteiensystem, in dem Opposition verboten und der immer gleiche Clown mit 99,99 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde. Ein solch unsinniges System existierte nirgends im traditionellen Afrika. Die Chiefs wurden ausgewählt, und wenn sie nicht nach dem Willen des Volkes regierten, ganz schnell abgelöst.

Jedes System, das, wie ein Einparteiensystem, einer einzigen Person sehr viel Macht zuspricht, degeneriert letztlich zur Tyrannei. Da kann man Lord Acton zitieren: «Macht neigt dazu, zu korrumpieren – absolute Macht korrumpiert absolut.»

Sehr bald nach der Unabhängigkeit entdeckten die Staatsoberhäupter und Regierungsbeamte, dass sie die Macht nutzen können, um sich zu bereichern, um ihre Rivalen zu unterdrücken und sich die Macht ewig zu erhalten. Nach und nach entstanden im postkolonialen Afrika immer mehr Vampir-Staaten – Regierungen, die von ruchlosen Banditen beherrscht werden, welche die Staatsmaschinerie benützen, um sich, ihre Freunde und Stammesbrüder zu bereichern und alle anderen auszuschliessen.

Während ihre eigenen Leute im Elend darben, haben sich afrikanische Führer schamlos Milliardenvermögen angehäuft. Bei einem Treffen afrikanischer Bürgerrechtsgruppen in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba im Juni 2002 sagte der damalige nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo, dass korrupte afrikanische Herrscher ihren Völkern seit der Unabhängigkeit mindestens 140 Milliarden US-Dollar gestohlen hätten. Laut einem Bericht der Afrikanische Union von 2004 kostet die Korruption Afrika jährlich 148 Milliarden US-Dollar – das ist sechsmal mehr, als der Kontinent im Jahr an Entwicklungshilfegeldern erhält.

Der Vampir-Staat kümmert sich nicht um seine Leute und vertritt sie auch nicht. Er saugt alles aus den Leuten heraus. Am Ende mutiert er zur «Kokosnuss-Republik» und implodiert. Die Implosion beginnt fast immer mit einem Streit über ein Wahlprozedere: Entweder werden gar keine Wahlen durchgeführt oder sie werden in skandalöser Weise gefälscht. Angola, Tschad, Äthiopien, Mosambik, Somalia, Sudan, Ruanda, Sierra Leone, Zaire, Liberia, Kamerun, Kongo, Kenia, Togo, Lesotho, Kongo-Brazzaville, Algerien,

Nigeria: In all diesen Ländern führten in den vergangenen zwei Jahrzehnten Auseinandersetzungen um Wahlen zu Bürgerkriegen oder grösseren Konflikten.

Die politische Krise beginnt dann, wenn Zorn öffentlich wird, Proteste und Gewalt wegen Wahlstreitigkeiten ausbrechen. Zahlreich sind dann die Politiker und Akteure, welche sich aufdrängen, um die Krise zu lösen. Endlos wird geredet; das Land ist gelähmt; die Frustration steigt.

Nun sind verschiedene Szenarien möglich. Oppositionspolitiker werden gekauft und durch eine Nachwahl in das fehlgeleitete Regime eingebunden. Doch noch bevor die Tinte auf dem Abkommen trocken ist, beginnen die Streitereien über die Verteilung von Ministerposten. Keine Seite ist zufrieden mit dem, was sie bekommen soll. Dann beginnen die Feindseligkeiten von Neuem. Das Regime weiss nur einen Ausweg: Die Opposition wird brutal unterdrückt wie in Äthiopien, Eritrea und Simbabwe, oder ausgerottet wie in Burundi, Ruanda und Sudan. Die makabere Logik dahinter: Wenn es die Opposition nicht mehr gibt, muss man die Macht mit niemandem mehr teilen.

Früher oder später durchschauen die Bürger diese politischen Spiele. Das Volk verliert das Vertrauen in Wahlen und in die Fähigkeit der Politiker, Probleme zu lösen. Irgendeine Gruppe beschliesst dann: Reden hat keinen Sinn mehr, der Tyrann muss mit Gewalt beseitigt werden. Dann zieht sich die Gruppe «in den Busch» zurück und startet den Kampf – so beginnen fast alle Rebellenaufstände in Afrika.

Der Liberianer Charles Taylor startete seine Offensive 1989, als er nicht mehr daran glaubte, dass der Präsident, General Samuel Doe, und die Oppositionsführer Gabriel Baccus Matthews und Amos Sawyer die Krise lösen können. Ähnlich war es 1996 bei Laurent Kabila in Zaire, dem heutigen Kongo. Es braucht nur eine kleine Bande entschlossener Rebellen, um einen Aufstand anzuzetteln und Chaos und Zerstörung anzurichten. Der heutige Präsident Ugandas, Yo-

weri Museveni, startete mit nur 27 Mann. Charles Taylor mit weniger als 200 und Laurent Kabila mit etwa 150.

Der Aufstand, der stets von einer politisch marginalisierten Gruppe ausgeht, beginnt immer auf dem Land. Rebellen sind nicht darauf aus, die künstlichen kolonialen Grenzen neu zu ziehen. Auch Ethnien spielen kaum eine Rolle bei einem Aufstand – Somalia ist ethnisch homogen und trotzdem implodiert. Beim Aufstand geht es darum, die Macht zu ergreifen. Deshalb steuern die Rebellen jeweils geradewegs auf die Hauptstadt zu, ins Zentrum der politischen Macht. Auf dem Weg dorthin rekrutieren sie ihre Soldaten – oft arbeitslose Jugendliche und Kinder. Regierungssoldaten, welche die Aufständischen niederschlagen sollen, desertieren häufig und bringen ihre Waffen ein. Schliesslich flieht der Despot ins Exil wie die Generäle Mobutu Sese Seko, Siad Barré, Joseph Momoh oder wird getötet wie Samuel Doe, Juvénal Habyarimana.

Die Liste der postkolonialen afrikanischen Herrscher ist ein abscheuliches Sammelsurium. Bei Mugabe ist das Resultat bereits bekannt: Simbabwe ist am Ende. Andere Länder werden folgen: Angola, Burkina Faso, Kamerun, Tschad, Ägypten, Äquatorialguinea, Gabun, Guinea und Libyen. Die Geschichte zeigt aber auch, dass die Rebellenführer, welche die Macht an sich reißen, meist nicht besser sind. Sie zeigen die gleichen diktatorischen Tendenzen, die sie bei den von ihnen vertriebenen Despoten beklagten. Wir Afrikaner sagen: «Wir kämpfen hart darum, eine Kakerlake von der Macht zu entfernen – dann kommt die nächste Ratte und tut das gleiche.»

[i] HINWEIS Der Text wurde von der «Harare Tribune» übernommen. (Übersetzung: at)

ZUR PERSON



Der Ghanaer **George Ayittey** ist Ökonom, Autor und Präsident der Free Africa Foundation in Washington, DC.

Ausserdem ist er Professor an der American University in Washington und wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Foreign Policy Research Institute. (at)